

BUCHBESPRECHUNGEN

Historica IV und V. Les sciences historiques en Tchécoslovaquie.

Nakladatelství Čsl. Akademie Věd, Prag 1962 und 1963, 304 S. u. 328 S.

Beide Bände haben einen ziemlich ausgebreiteten Bezug zur deutschen Geschichte und sind deshalb als Stellungnahmen aus einem sonst für die meisten deutschen Leser unzugänglichen Sprachraum der europäischen Historiographie beachtenswert. Die einzelnen Beiträge sind deutsch, englisch oder französisch. Der Schwerpunkt der Themenwahl ist in beiden Bänden im 19. und 20. Jahrhundert zu suchen, die „Barocklücke“ der letzten Bände wird auch hier wieder deutlich, Mediaevistik ist nur mit zwei Beiträgen vertreten, zwei andere führen in die böhmische Geschichte vor der slawischen Einwanderung.

Band 4 beginnt mit einem Referat über „Das keltische Oppidum bei Hrazany an der mittleren Moldau“ von Libuše Jansová (S. 5—22). Diese Siedlung gehört in die Reihe der böhmischen Keltstädte, die sich in der Südhälfte des Landes gefunden haben und einen alten Handelsweg an der Moldau markieren. Sie umfaßt mit ihren Vorwerken ca. 40 ha. Unter ihren befestigten Zugängen befindet sich auch ein „Zangentor“, wie es von W. Dehn 1960 an einem rheinischen Beispiel erläutert worden ist. Die Siedlung beherbergte in lokaler Differenzierung eine eisenverarbeitende und eine landwirtschaftlich tätige Bevölkerungsgruppe. Aber die Sozialstruktur des neu ausgegrabenen Ortes wie auch eine genauere Chronologie sind noch Forschungsproblem.

Josef Dobiaš, Fachmann für die spätrömische Germanenpolitik in den Donauprovinzen und ihrer Nachbarschaft, liefert einen Überblick über „Das tschechoslowakische Gebiet zur Zeit des römischen Kaisertums“ (S. 23—38). Er legt einige Korrekturen an herkömmlichen Auffassungen über die Quadengeschichte vor und zeichnet an Hand eigener älterer Arbeiten noch einmal die Grundzüge besonders der Quadengeschichte vom 2. bis zum Ende des 4. Jahrhunderts.

Auch Josef Janáček, der über den „böhmischen Außenhandel in der Mitte des 15. Jahrhunderts“ berichtet (S. 39—58), ist für dieses Thema bereits ein bekannter Spezialist. Er zeigt das Vordringen der Nürnberger Großkaufleute im Prager Handel nach den Hussitenkriegen, die durch ihre Kapitalmacht und kaufmännische Regsamkeit den einheimischen Kaufleuten überlegen waren, so daß sie nach einer Epoche des Grenzhandels und der Dezentralisierung während der Hussitenkriege den böhmischen Fernhandel bald völlig beherrschten. Wie in Polen und auch in Österreich blieb dabei

in Böhmen das Übergewicht der deutschen Handelsvermittlung zum venezianischen Partner kennzeichnend. Vergeblich hatte dagegen Sigmund die genuesische Konkurrenz zu beleben versucht, und vergeblich bemühte sich eine Generation später Georg von Poděbrad, nach einem Konzept Antonio Marinis, um die Gründung einer königlich privilegierten und finanzierten einheimischen Handelsgesellschaft, um damit das Nürnberger Übergewicht in der Transitvermittlung zu brechen. Die Nürnberger Schlüsselstellung war nicht aufzuheben und wurde 1488 durch einen Handelsvertrag für Jahrzehnte besiegelt.

Georgs Handelspolitik unterscheidet sich nach Janáček aber noch vom späteren Merkantilismus, weil sie in der Organisation einer staatlichen Wirtschaftsfürsorge die Regeln der Handelsbilanz nicht beachten mußte. Denn bei der noch ungebrochenen Produktivität der böhmischen Silbergruben konnte man den böhmischen Importüberhang jederzeit durch „Silberexport“ ausgleichen, wie Janáček richtiger sagt, als man es meist mit der unzutreffenden Schablone von der „passiven Handelsbilanz“ ausdrückt. Dennoch unterstreicht er den modernen Ansatz der königlichen Handelsfürsorge überhaupt.

Den größten Raum im 4. Band füllen drei Arbeiten zur neueren Geschichte. Bedřich Loewenstein legt hier „Ziele und Probleme der werdenden demokratischen Bewegung in Deutschland“ (S. 59—128) in einer umsichtigen, fast ausschließlich an deutscher Literatur, auch an ungedruckten Dissertationen orientierten Studie dar. Er würdigt darin die republikanischen Strömungen in Deutschland während der 30er Jahre des 19. Jahrhunderts, die man gewöhnlich, aber zu eng begrenzt, mit dem Begriff des Hambacher Festes von 1832 verbindet. Etwa in der Mitte seines Beitrags kommt Loewenstein dann zur eigenen Vertiefung seines Themas: hier untersucht er die Programme und Verteidigungsreden Wirths und Siebenpfeiffers, der beiden führenden Gestalten aus dem Kreis der Männer um das Hambacher Fest. Marx, aber auch noch Mehring, hatten diese Programme wegen der Fruchtlosigkeit der Aufstandsbewegung ignoriert. Auch der späteren „bürgerlichen deutschen Geschichtsschreibung“ sagt Loewenstein eine entsprechende Vernachlässigung nach. Allerdings deckt sich sein Gesamturteil über Wirth und Siebenpfeiffer dann durchaus mit Formulierungen neuer deutscher Handbücher. Die Bedeutung seiner Arbeit beruht aber in der gut orientierten und klaren Darstellung eines tatsächlich wenig beachteten Geschichtsabschnittes, in der schärferen Interpretation mancher Einzelheiten im republikanischen Programm des vormärzlichen Deutschland, das später von der Tendenz zum Nationalstaat und von dem legitimen Weg, den Bismarck hierfür zu bahnen wußte, der Werbekraft seiner Ideen beraubt worden ist. Die Analyse des politischen Programms von Johann August Wirth hätte vielleicht noch durch einen Vergleich mit späteren Äußerungen an Profil gewonnen.

Jan Novotný bietet eine ausgewogene Analyse „Zur Problematik des Beginns der industriellen Revolution in der Slowakei“ (S. 129—190). Seit

je waren die ungarische und die slowakische Forschung hier verschiedener Meinung. Während die Ungarn die österreichische Wirtschaftspolitik für die bekannte Verzögerung der industriellen Entwicklung im Königreich Ungarn verantwortlich machten, die von 1752 bis 1850 die östliche Reichshälfte überhaupt als Rohstoff- und Absatzgebiet, kurz als Binnenkolonie betrachtete, sucht Novotný dieses Urteil zu korrigieren. Die hemmenden Wirtschaftsdirektiven, von der österreichischen Seite mit dem Hinweis auf die Steuerfreiheit des ungarischen Adels verteidigt, fanden nach Novotný ihre Entsprechung in der unelastischen Gesellschaftsstruktur der ungarischen Reichshälfte, welche in ihrem Konservatismus die Entwicklung industriellen Unternehmens hemmte: Abenteuerliche Züge und Finanzskandale ihres Hypothekenwesens ohne Grundbücher; adelige und königliche Regalrechte, die teils auch noch nach 1848 bestanden; Mangel an einheimischen Fachleuten; schlechte Transportverhältnisse; das System der inneren Mauten — das alles verzögerte oder erstickte großzügigere Unternehmungen im Sinne der industriellen Revolution in der ersten Hälfte des 19. Jh. Als 1850 endlich der Binnenzoll innerhalb der Monarchie aufgehoben wurde, hätte es nach Meinung Novotnýs eher eines Schutzzolls für die ungarische Industrie bedurft.

Novotný zeigt im übrigen die Entwicklung der einzelnen Industriezweige, unter denen nur zwei den Anschluß an die modernen Produktionsmethoden ihrer Zeit gefunden hatten, nämlich Eisenbergbau und -verhüttung im slowakischen Norden des Königreiches und die Veredelungsindustrie landwirtschaftlicher Produkte, weil sie sich leicht in die agrarische Produktionskapazität des Landes einfügte. Dagegen lehnt es Novotný ab, den Beginn der slowakischen Industrialisierung mit einzelnen, aber instabilen Entwicklungen in der Textilindustrie zu markieren.

Jaroslav César und Bohumil Černý gehören nach ihren Vorarbeiten über die politischen Strömungen unter den Sudetendeutschen während der ersten tschechoslowakischen Republik ebenfalls schon zu den bekannten Autoren (Vgl. Bohemia-Jahrbuch 3 (1962) 527—530). Bereits die Einleitung zu ihrem Beitrag über „Die fünfte Kolonne der Nazis in der Tschechoslowakei“ (S. 190—256) zeigt aber, daß sie ihr Thema nicht ohne gegenwartspolitische Effekte verfolgten. Denn ein gerecht abwägendes Urteil über die politische Konstitution der ersten Republik darf den deutschen Radikalismus nicht ohne Zusammenhang mit dem tschechischen sehen, mit dem er ja teilweise unmittelbar korrespondierte, von dem er Anregungen empfing und den er auch seinerseits zu Reaktionen herausforderte, gerade so wenig, wie man die internationale konstitutionelle Schwäche der jungen europäischen Demokratien nach 1918 vergessen darf, die durch manche Unvollkommenheit radikale Strömungen auslösten, ohne ihnen entgegenzuwirken.

Schon der Titel des Aufsatzes setzt eine ursprüngliche Verbindung Henleins mit Hitler geradewegs voraus. Diese Verbindung ist aber in Wirklichkeit ein kompliziertes Problem. Die politische Linie Henleins mit allen ihren Loyalitätserklärungen von 1934 bis 1938 ist womöglich nichts anderes

als kalkulierte Tarnung, so wie auch Hitler nach 1923 einen sog. „legalen“ Weg gesucht hatte, um die Verfassung der deutschen Republik zu zerstören. In diesem Sinne hatte sich Henlein in einer bekannten Rückschau in Wien mit seinen Diensten für Hitlers Großdeutschland gebrüstet, aber es wäre verfehlt, wollte man diesen Rückblick für eine lautere Quelle betrachten. Denn die allmähliche Hinneigung Henleins zu Hitler, wie sie sich der Darstellung der beiden Autoren ablesen läßt, könnte geradeso das Ergebnis einer Opportunitätspolitik gewesen sein, die Henlein und seine Bewegung allmählich Hitlers Vertrauensleuten in den eigenen Reihen und Hitlers politischen Inspirationen auslieferte. Engere Kontakte Henleins mit der NSDAP und dem Deutschen Reich werden seit 1935 konstatiert. Aber sie sind noch kein Belegstück im Sinne dieser Alternative. Für die Illoyalität der Henleinbewegung werden stattdessen in diesem Aufsatz mehrfach nur inferiore Aktenhinweise vermerkt (etwa S. 215 Anm. 60, S. 220 Anm. 72 u. a.). In der Rekonstruktion der beiden Verfasser erscheinen diese Anhaltspunkte in einer vorschnell überhöhten Bedeutung.

Andererseits wäre es freilich verfehlt, diese Eingrenzung tatsächlicher irredentistischer Ziele mit einer Annullierung gleichzusetzen. Die Sudetendeutsche Partei war ein komplexes Gebilde, die tatsächliche Führerschaft Henleins darin umstritten und keinesfalls von prägender ideologischer Kraft. Es wird dem Historiker nicht erspart bleiben, sich in diese Komplizität hineinzudenken.

Noch sorgsamer muß die Frage nach der Verantwortlichkeit der sudetendeutschen Bevölkerung für das Wachstum der Henleinbewegung angefaßt werden. Hitler blieb trotz seiner offenen Konzepte in „Mein Kampf“ auch manchen Gegnern des Nationalsozialismus 1933 vertrauenswürdig im Sinne überparteilicher Kooperation. Henlein hatte sich 1934 mit einer Loyalitätserklärung in den Lidové Noviny den Unwillen radikaler deutscher Studenten zugezogen. Noch 1938 verfügte er über Vertrauen bei den tschechischen Agrariern, und sogar die verzweifelten Versuche Benešs, durch Verhandlungen mit der SdP den Staatsbestand noch wenige Wochen vor München zu retten, konnten die Partei selbst damals noch vor der ganzen deutschen Bevölkerung als einen loyalen Gesprächspartner der legitimen Staatsregierung erscheinen lassen. Wie sollte da die deutsche Wählerschaft 1935 oder 1938, wie sollte die deutsche öffentliche Meinung in der ČSR die Frage lösen, die heute noch vor den Historikern ohne eine klare Antwort steht, wie sollte sie entscheiden, was raffinierte Tarnung, was allmähliche bedrohliche, oder ausweglose Entwicklung sei? Billigerweise wird man zudem ein vertretbares Urteil nicht finden können, wenn man die Option für demokratische Spielregeln in der Politik einfach als selbstverständlich voraussetzt. Denn eine solche Entscheidung ist breiteren Bevölkerungskreisen ja doch erst auf langen Wegen der politischen Erziehung und der historischen Erfahrung zugänglich. Beide waren 1938 nur wenig wirksam, zu wenig, um zu unterstützen, was außerdem eben noch, erst in den letzten Monaten sichtbar, auf dem Spiele stand: die Loyalität zum Staat.

Die beiden Autoren haben die Grundlagen für eine solche Beurteilung gut ausgebreitet, aber sie haben ihre Berechtigung selber nicht anerkannt. Das gilt auch von einem anderen Aspekt zur politischen Haltung der deutschen Staatsbürger in der ersten Republik, nämlich von der staatlichen Minderheitenpolitik. Auch hier sind die beiden Verfasser in ihren Urteilen anerkennenswert lockerer als ältere tschechische Arbeiten. Das zeigen ihre Ansichten über Absicht und Effekt der Wirtschaftspolitik während der großen Krise von 1930. Sie bemerken in anderem Zusammenhang, daß man sich im Juni 1936 um eine Revision der Minderheitenpolitik bemüht habe, und verweisen hierfür auf einen Vorstoß der KPC, der tschechischen Agrarier, der Zeitschrift „Přítomnost“ mit Stellungnahmen von Schütz, Hacker und Jaksch. Vor einer solchen drohenden Einigung zwischen dem deutschen demokratischen Aktivismus und der tschechischen Regierungspolitik mußte sich die SdP hüten: mit dieser Feststellung kennzeichnen die beiden Verfasser einen Wettlauf um den Ausgleich mit der Regierung zwischen der SdP und den demokratischen deutschen Kräften. Aber sie fügen eines nicht hinzu: ein solcher Wettlauf (den die deutschen Aktivisten in ehrlichem Bemühen eingingen, die SdP vielleicht aber nur mit destruktiven Tendenzen) war nur möglich, weil die tschechische Minderheitenpolitik gern die Gelegenheit aufgriff, die eine deutsche Gruppe gegen die andere auszuspielen — und das ganz ohne Rücksicht auf das Verhältnis der beiden deutschen Kontrahenten zu demokratischen Prinzipien! Demnach sind auch die Verhandlungen im Juni 1938 zwischen Beneš und Henlein nicht mit den Verfassern als Kapitulation einer verfehlten Außenpolitik zu bezeichnen (S. 249), sondern als die Niederlage einer falschen Innenpolitik.

Ein Gespräch mit der tschechischen Wissenschaft gerade auch über die jüngsten Jahrzehnte ist nicht nur nützlich sondern auch notwendig. Aber es verfehlt seine wissenschaftliche Bedeutung, wenn sich dabei der Historiker zum Anwalt einer Partei macht. Leider haben die beiden tschechischen Autoren diese Position nicht vermieden, wenn sie zu dem Schluß finden, nach der Einstellung der deutschen Bevölkerung in der Tschechoslowakei sei die Ausweisungsaktion der Nachkriegszeit die „einzig mögliche und gerechte Lösung“ eines innenpolitischen Problems gewesen. Es diene der wissenschaftlichen Nüchternheit nicht, wenn man sich über dieses Zitat erregte. Aber weder der Nachweis der Staatsfeindschaft, selbst auch nur für eine politisch aktive und treibende Partei innerhalb des Staatsgefüges, noch auch für die Behauptung, daß dieses Staatsgefüge an sich die inkorporierte Gerechtigkeit gewesen sei, ist bisher vorgelegt worden. Ein Gespräch über die Geschichte der ersten tschechoslowakischen Republik muß offenbar noch viele Vorurteile überwinden, ehe man zum Thema findet.

Zwar keine gerechte, aber doch eine logische Lösung des Sudetenproblems sind für J. Kořalka die Ereignisse nach 1945. Auch er meint, daß die Sudetendeutschen in ihrer Mehrzahl aktive Teilnehmer bei der Auflösung der ersten Republik gewesen seien (S. 269). An sich befaßt er sich aber nicht mit der Zeitgeschichte, sondern mit dem sudetendeutschen Geschichts-

bild und seiner Revision. Er findet hier einen guten Ausgangspunkt mit Ausführungen Eugen Lembergs. Nun sucht er Lembergs Forderungen mit der Praxis zu konfrontieren. Dabei ist ihm aber ein Fehler unterlaufen. Er greift nämlich nicht nach neuen Ansätzen unter dem Einfluß Lembergs, sondern nach Emil Franzels „Sudetendeutscher Geschichte“. Franzels Buch ist zwar in mancher Hinsicht interessant, aber es bietet keine Auseinandersetzung mit der älteren Historiographie im Sinne Lembergs, sondern ist ihr selber noch mehrfach verhaftet.

Der Band bringt noch eine tschechische Stellungnahme zur History of Technology Bd. IV und V, Oxford 1959, von dem Wirtschaftshistoriker J. Purš und von J. Horák eine Skizze zum Leben von J. Šafařík.

Den 5. Band leitet Ivan Hlaváček ein mit einer guten Übersicht zur „Geschichte der Kanzlei Wenzels IV. und ihrer Beamten 1376—1419“ (S. 5—70). Hlaváček hielt sich bei seiner Untersuchung an äußere Anhaltspunkte in der Kanzleiproduktion, die bisher noch niemals im Zusammenhang geprüft worden sind. Damit bietet er solide Angaben mit einer Anzahl kleinerer Korrekturen älterer Behauptungen. Die oft umstrittene Nationalitätenfrage der Beamten schränkt Hlaváček zu Recht in ihrer grundsätzlichen Bedeutung ein (S. 30) und zeigt dafür gerade an den letzten beiden führenden Beamten Wenzels ein gutes Beispiel: die beiden stammten nach ihren Zunamen aus Weilburg und aus Bamberg, konzipierten unter anderem aber auch tschechische Texte.

Bedřich Šindelář behandelt in einem Aufsatz über „Comenius und den Westfälischen Friedenskongreß“ (S. 71—109) das Verhältnis des Exulanten und Brüderbischofs in den letzten Jahren des Dreißigjährigen Krieges zu den Schweden, in deren Dienste er 1642 bekanntlich getreten war. Er zeigt die Sympathie und politische Unterstützung, die Comenius als Sprecher der Vertriebenen bei Oxenstierna fand, der mit einem protestantisch geleiteten Königreich Böhmen einen schwedischen Stützpunkt in Mitteleuropa schaffen wollte. Aber in der Endphase der Verhandlungen war die Stellung Oxenstiernas geschwächt, und trotz einiger diplomatischer Bemühungen gelang es den Exulanten nicht, die Schweden zur Einlösung ursprünglicher Zusagen zu bewegen. Denn im Interessenkonflikt zwischen protestantischer Solidarität und Reichsverpflichtungen hatten sich nun die protestantischen deutschen Stände nicht mehr für die Restitution der böhmischen Exulanten eingesetzt. Šindelář zitiert das bittere Urteil des großen tschechischen Pädagogen über die deutschen Protestanten, ohne ihn aber mit dem Hinweis auf dieses wirkliche Dilemma zu korrigieren.

Der Beitrag B. Lehárs über „Die ökonomische Expansion des Bafa-Konzerns zuhause und im Ausland“ (S. 147—188) erinnert daran, daß die erste tschechoslowakische Republik ein hochindustrialisiertes Land mit einer sehr effektiven Wirtschaftskraft gewesen ist. Lehár zeigt, wenn man von einigen zeitgenössischen Antagonismen absieht, die Entwicklung einer kühnen Unternehmung, die nicht nur die Inlandsproduktion schon vor und trotz der Weltwirtschaftskrise beherrschte, sondern zudem noch ein welt-

weites Netz von Produktionsstätten und Verkaufsdiensten im Ausland aufbaute, schließlich eine in Mitteleuropa noch ganz unbekannt Totalorganisation eines Großbetriebes der Leichtindustrie entwickelte und sich am Ende mit branchenfremden Unternehmen zu einem Mammutkonzern auswuchs. Baťa hatte schon in den dreißiger Jahren nicht nur Markterschließung in den unterentwickelten Ländern betrieben, sondern auch Zweigfabriken in Asien und Afrika angelegt und sich um eine wirtschaftliche Kooperation bemüht, die allgemein erst in den letzten Jahren ein wichtiges Element der westlichen Wirtschaftsexpansion geworden ist.

In seinen politischen Ambitionen wirkte der Konzern nicht nur nach den Gesetzen seiner Selbsterhaltung gegen die kommunistische Partei, sondern auch gegen die gewerkschaftliche Organisation im Sinne der Betriebspolitik des älteren Kapitalismus. Mit der Eigengesetzlichkeit großer Wirtschaftsunternehmungen der Zwischenkriegszeit setzte er sich sogar für eine bürgerliche Diktatur innerhalb der ersten Republik ein, wie Lehár vermerkt. Dieser Aspekt verdiente noch besondere Untersuchung. Ein anderer fehlt ganz: nämlich die Rolle dieser respektablen, mit der Staatsautorität aufs engste verbundenen Wirtschaftsmacht im Zusammenhang mit der nationaltschechischen Wirtschaftspolitik.

Über „Österreich und den deutschen Zollverein“ schreibt Věra V o m a ě k o v á (S. 109—146) mit einer originellen Einleitung zu den ideologischen Varianten dieses historiographischen Problems.

Es handelt sich dabei um die naive Rezeption historischer Zusammenhänge für die Gegenwartspolitik unter dem Aspekt, wie Vomačková befürchtet, der deutschen Hegemonie in Mitteleuropa. Nun ist freilich auch ihr Beitrag ein wenig unter dem Einfluß solcher gegenwartspolitischer Aspekte; denn sie bemüht sich um Widerlegung der historischen Möglichkeiten eines großen mitteleuropäischen Wirtschaftsraumes, ohne seine historischen Chancen abzuwägen und ohne im übrigen die Analogie zu politischen Gegenwartsprojekten aus der historischen Betrachtung zu eliminieren. Das muß man aber auch in jedem Falle, weil sich die sogenannten räumlichen Bedingungen in ihren Auswirkungen auf die Organisationsformen des menschlichen Miteinanders ja in Wirklichkeit ständig verändern und keiner simplen Tradition unterliegen. Auch hat sie historische Relationen unterschätzt, wenn sie um 1848 von „unterdrückten Nationen“ in Österreich spricht (S. 124). Denn was um diese Zeit allmählich zu nationalem Selbstbewußtsein und zugleich zur Fiktion der Unterdrückung seiner nationalen Eigenart erst heranreifte, war noch nicht Objekt einer Entnationalisierungspolitik, weil sich damals eben noch keine Nationalkörper herausgebildet hatten und der Versuch, aus aller Staatsbevölkerung eine „österreichische Nation“ zu bilden, noch politisch auf allen Seiten größtenteils hingegenommen wurde.

Im übrigen zeigt die Arbeit sehr gut Metternichs Opposition gegen den Zollverein im Sinne der österreichischen Eigenstaatlichkeit, Kübecks Reformversuch, dessen Scheitern, ja dessen Beabsichtigung bereits als ein Zeichen des Unvermögens zu konstruktiver Sozialpolitik bezeichnet wird, und

konzentriert sich dann auf die Diskussion über den österreichischen Anschluß zum deutschen Zollverein, welche während der Revolutionsmonate aufgebrochen war. Das löste national und wirtschaftlich bestimmte Stellungnahmen aus und offenbarte klare Zusammenhänge zwischen der industriellen Entwicklung und zollpolitischen Interessen in Niederösterreich und in Böhmen, die hier zudem noch mit nationalpolitischen Programmen rivalisierten. Mit dem Sieg der Reaktion mußte 1850 diese Diskussion wieder der Regierungsinitiative weichen.

Gegen die, wie sie ausdrücklich feststellen, verbreitete Unkenntnis in der westlichen Welt wenden sich V. Kural und A. Benčík in einer Darstellung der „Partisanenbewegung in der Tschechoslowakei während des zweiten Weltkriegs“ (S. 189—238). Sie stellen da ein bourgeoises Konzept zu einem Staatsstreich dem kommunistischen Plan eines langdauernden Partisanenkampfes gegenüber. Das Gewicht dieser Operationen wuchs von Westen nach Osten und hatte seinen Schwerpunkt in der Slowakei. Die beiden Verfasser betonen hier allerdings die besonderen Schwierigkeiten in der ideologischen Auseinandersetzung: noch habe die Entnationalisierungspolitik Beneš in der Slowakei nachgewirkt und für eine Zeitlang die unter Hitlers Einfluß entstandene Staatsbildung populär gemacht. Zugleich sei in der schwach industrialisierten Slowakei das Proletariat als Träger der Partisanenbewegung erst wenig entwickelt gewesen. Dementsprechend wäre wohl eine soziologische Analyse der 15 000 vornehmlich in der Slowakei im Laufe des letzten Kriegsjahres tätigen Partisanen sehr aufschlußreich und man müßte meinen, sie wäre am tschechischen und slowakischen Quellenmaterial auch möglich. Leider fehlt sie.

Noch stärker als Kural und Benčík zeigt sich Karel Kaplan im letzten Beitrag dieses Bandes von parteipolitischen Aspekten geleitet. Er schreibt „Über die Rolle von Dr. E. Beneš im Februar 1948“ (S. 239—265). Die Bourgeoisie, führt er aus, habe im Jahr 1948 einen Wahlsieg der KPČ befürchtet und deshalb einen Putsch geplant, von dem sich Beneš erst im letzten Moment distanzierte. Den jähen Meinungsumschwung des Präsidenten erklärt der Verfasser mit seinem sicheren Blick für reale innenpolitische Entwicklungen, die ihm einen Widerstand gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung aussichtslos erscheinen ließen. Der Aufsatz trägt den Stil politischer Schulungsliteratur. Von einer methodischen Begründung seiner Thesen sieht er ab.

Der Band bringt noch eine Rezension J. Maceks über Erich Hassinger: Das Werden des neuzeitlichen Europa 1300—1600 (Braunschweig 1959) auf S. 267—276, der Aufmerksamkeit verdient, einen Nachruf des bekannten Kunsthistorikers und Restaurateurs V. Kotrba auf den Nestor der tschechischen Kunstgeschichte, Zdeněk Wirth († 1961) und schließlich eine interessante Übersicht Maceks zur historiographischen Produktion in der Tschechoslowakei 1959/60.